



Protokoll des Einwohnerrats

XII. Legislaturperiode 2016 - 2020

5. Sitzung vom 06. Februar 2017

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.00 Uhr

Leitung: Susanne Tribolet (Präsidentin)

Anwesend: 39 Mitglieder

Entschuldigt: Patricia Bräutigam, Mike Keller (GP), Barbara Jost (GR)

Verspätet:

Präsidentin:

Susanne Tribolet

Protokoll:

Linda Weick

Begrüssung

Einwohnerratspräsidentin Susanne Tribolet, SP begrüsst die anwesenden Einwohnerrät/innen, die Mitglieder des Gemeinderats, die Pressevertreter/innen und das Publikum. Speziell heisst sie Peter Sala von der FDP willkommen, welcher für Stefan Kaiser in den Einwohnerrat nachgerückt ist. Die Präsidentin wünscht ihm viel Spass und ein erfolgreiches Politisieren.

Entschuldigt sind Patricia Bräutigam, CVP, sowie Gemeindepräsident Mike Keller, FDP, und Gemeinderätin Barbara Jost, SP.

Mitteilungen der Präsidentin

Letzten Dezember konnte die Spitex ihre neuen Räumlichkeiten am Standort der ehemaligen Bezirksschreiberei an der Baslerstrasse 35 beziehen. Vor zwei Wochen durfte die Präsidentin das Zentrum besuchen, gemeinsam mit anderen eingeladenen Personen, welche am Umbau oder Kauf beteiligt waren. Sie konnte sich vom gelungenen Umbau überzeugen. Herr Kury, Geschäftsleiter der Spitex, berichtete unter anderem, auch das Personal sei sehr zufrieden am neuen Ort.

Susanne Tribolet, SP gibt bekannt, dass der Einwohnerratsausflug am Samstag, 17. Juni 2017 stattfinden wird. Die Einladungen folgen im Frühjahr. Zudem informiert sie die Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen, dass ihnen auf ihren Plätzen die leicht angepassten Unterlagen zu den beiden Abrechnungen (Geschäft Nr. 162/XI und 149/XI) vorliegen.

Neue Vorstösse (Tischvorlagen):

Nr. 32, Dringliche Motion S. Abt, SP: Sommerstimmung in Binningen – Buvette auf dem Dorfplatz

Simone Abt, SP geht davon aus, der eine oder andere Ratskollege habe geschmunzelt: schon wieder SP, schon wieder Trinken, schon wieder dringlich. Es liegt nicht an ihrem eigenen Durst, dass sie Dringlichkeit für das Anliegen wünscht. Es geht der Motionärin um die Planung. Der Vorstoss ist relativ offen gehalten. Es handelt sich einfach um einen Wunsch der SP. Die Fraktion hätte gerne – für die vielen Wege, die sich im Sommer auf dem Dorfplatz kreuzen – eine Buvette, bei welcher man etwas trinken kann, ohne gleich in ein Restaurant gehen zu müssen. Es gibt einige Restaurants in der Umgebung, das ist der Votantin bewusst. Sie würde sich aber wünschen, dass man gleich an Ort und Stelle etwas konsumieren könnte. Weil dies trotz der Unkompliziertheit, welcher ihr vorschwebt, doch etwas komplizierter sein kann und administrativ etwas länger dauert, wollte die Motionärin eine gewisse Zeit einplanen. Ab Mai wäre eine Sommerbuvette etwas Schönes. Deswegen die Dringlichkeit.

ABSTIMMUNG

Es gab 11 JA-Stimmen bei 39 Anwesenden. Die 2/3-Mehrheit zur Feststellung der Dringlichkeit wurde nicht erreicht.

BESCHLUSS

://: Die dringliche Behandlung der Motion von S. Abt, SP: Sommerstimmung in Binningen – Buvette auf dem Dorfplatz, wird nicht beschlossen.

G. Löhr, SP erläutert, Binningen habe nicht mehr wahnsinnig viel Bauland. Die Basellandschaftliche Zeitung hat die Votantin mit ihrem Artikel darauf gebracht, dass bald ein grösseres Areal frei wird. Das Areal liegt nicht brach, sondern wird vom Kanton für den Ausbau der Doppelspur vom Tram im Spiesshöfli erworben. Die Motionärin ist nicht der Meinung, die Gemeinde solle die Parzelle kaufen und selbst bebauen. Das wäre zwar ihr Traum. Sie erwartet aber nicht, dafür eine Zustimmung zu erhalten. Es geht ihr darum, dass man sich als Gemeinde städteplanerische Überlegungen macht, wenn ein so grosses Areal zur Verfügung steht. Das kann man nur, wenn man sich zwischen Kanton und einen privaten Investor schiebt. Die Votantin bringt ihr Anliegen jetzt in den Rat, damit es hinterher keine seltsamen Aktionen gibt, wie damals bei der Bezirksschreiberei. Dringlich ist es nicht. Vorläufig muss der Kanton noch Liegenschaften erwerben. Wichtig ist es der Motionärin allemal.

Die Präsidentin kommt zur Traktandenliste, bei welcher ihr ein Änderungsantrag vorliegt. Rahel Bänziger stellt den Antrag, das Geschäft 216/X, Postulat zur Wiedereinführung eines Bauverwalters, als Traktandum 9 zu behandeln.

ABSTIMMUNG

Grossmehrheitlich mit 5 Enthaltungen genehmigt

://: Die Traktandenliste wird entsprechend angepasst. Das Geschäft 216/X wird neu als Traktandum 9 behandelt.

Traktandenliste	Geschäft Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 05.12.2016	
2. Ersatzwahl eines stellvertretenden Mitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2020	31
3. Bericht / Antrag der Bau- und Planungskommission vom 05.11.2016 Teilrevision Parkraumreglement, Bericht der BPK Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	183/XI
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.11.2016 Legislaturprogramm 2016-2020 Geschäftskreisführung: Mike Keller	25
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 24.05.2016 Kenntnisnahme der Abrechnungen Testplanung Dorf Geschäftskreisführung: Eva-Maria Bonetti	162/XI
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 06.12.2016 Motion SP-Fraktion, G. Löhr: Apéro nach der ER-Sitzung im Dezember Geschäftskreisführung: Mike Keller	20

- | | | |
|-----|---|---------------|
| 7. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 06.12.2016
Postulat CVP-Fraktion: Easyvote-Abstimmungsbüchlein
Geschäftskreisführung: Mike Keller | 21 |
| 8. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 10.01.2017
Evaluationsbericht FEB-Reglement
Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein | 210/X |
| 9. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 10.01.2017
Postulat R. Bänziger, Grüne: Wiedereinführung eines Bauverwalters für die Gemeinde Binningen
Geschäftskreisführung: Mike Keller | 216/X |
| 10. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 10.01.2017
Postulat SVP-Fraktion, R. Oberli: Erstellen einer Online-Plattform für die Wahlen 2020
Geschäftskreisführung: Mike Keller | 22 |
| 11. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 10.01.2017
Motion SVP-Fraktion: Elektronische Abstimmungsanlage im Einwohnerrat
Geschäftskreisführung: Mike Keller | 23 |
| 12. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 17.01.2017
Schlussabrechnung Tanklöschfahrzeug für die Feuerwehr Binningen
Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger | 149/XI |
| 13. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 17.01.2017
Motion SVP: Begrünung der Betonwände um das Binninger Schloss
Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi | 166/X |
| 14. | Diversa | |

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 05.12.2016

Karl J. Heim, CVP findet, das Protokoll nehme langsam biblische Dimensionen an. Er möchte keine materielle Anmerkung zum Protokoll oder eine Kritik an der Protokollführerin kundtun. Der Votant ist aber der Meinung, man könnte gewisse Sachen etwas kürzer zusammenfassen, wie beispielsweise sein Votum als GRPK-Präsident zum Budgetbericht. Dieses Votum wurde in epischer Breite niedergeschrieben, obwohl allen Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten der Budgetbericht vorlag. Er regt daher an, das Protokoll in Zukunft etwas schlanker zu halten.

Präsidentin Susanne Tribolet, SP nimmt diesen Input zur Kenntnis. Zum Protokoll selbst sind keine Änderungsanträge eingegangen.

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Nr. 31

Ersatzwahl eines stellvertretenden Mitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2020

Sven Inäbnit, FDP schlägt Peter Sala als stellvertretendes Mitglied in die GRPK vor.

STILLE WAHL

BESCHLUSS

://: Für die restliche Amtsperiode wird Peter Sala, FDP, als stellvertretendes Mitglied in die GRPK gewählt.

Traktandum 3

Nr. 183/XI

Teilrevision Parkraumreglement, Bericht der BPK

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

BPK-Präsident Daniel Zimmermann, FDP möchte zum vorliegenden Geschäft zuerst ein paar allgemeine Bemerkungen machen. Es ist für den Votanten nicht verwunderlich, dass im Leserbrief vom letzten Donnerstag zu diesem Geschäft vom nicht mehr gewählten Gemeinderat U. P. Moos auf den Mann gespielt und der Leserschaft die inhaltlichen Fakten der Vorlage vorenthalten wurden. Die von U. P. Moos erarbeitete Teilrevision des Parkraumreglements ist mit einer sehr ausgeprägten sachpolitischen Haltung in den Rat gekommen. Die Überweisung an die BPK hat daher nicht überrascht. In der Beurteilung der Dringlichkeit des Geschäfts ist die BPK zum Schluss gekommen, dass es zu diesem Zeitpunkt wichtigere Sachgeschäfte für die zukünftige Entwicklung Binningens gab. Der BPK-Präsident nennt in diesem Zusammenhang beispielsweise die Liegenschaftsstrategie oder die Dorfplatzplanung.

Er führt aus, in der Beratung des Geschäfts sei nicht die inhaltliche Diskussion, sondern die Zusammenarbeit mit dem zuständigen Gemeinderat sehr anspruchsvoll gewesen. Die Kommissionsarbeit kann als sehr effizient beurteilt werden. Die BPK hat sich nicht mit einer einfachen Rückweisung zufrieden gegeben. Man hat sich die Mühe gemacht, dem Gemeinderat die politischen Rahmenbedingungen für die Überarbeitung des Reglements aufzuzeigen. Beim Nachlesen der inhaltlichen, politischen Empfehlungen kann sich jeder Interessierte von der Qualität der Kommissionsarbeit überzeugen. Die BPK wünscht sich zukünftig qualitativ gute Vorlagen des Gemeinderats, welche mit der nötigen politischen Sensibilität breit abgestützt sind und vor allem die Interessen der Bevölkerung vertreten. Der Nutzen für alle Binninger Einwohner und Einwohnerrinnen muss erkennbar sein. Der BPK-Präsident möchte bei dieser Gelegenheit allen BPK-Mitgliedern für die gute und effiziente Arbeit bei diesem Geschäft danken.

Der Kommissionspräsident kommt nun zu einigen Bemerkungen zum eigentlichen Geschäft: Die BPK erhielt das Geschäft Nr. 183 am 7. Dezember 2015 vom Einwohnerrat zur Behandlung überwiesen. Die bestehende Parkraumbewirtschaftung ist seit 2008 in Betrieb. Der Gemeinderat hat im Legislaturprogramm 2012-2016 die Überprüfung festgehalten. Die bestehende Parkraumbewirtschaftung betrifft die gesamte Anwohnerschaft. Bei der vorliegenden Teilrevision stand die Wirkung auf die direkt Betroffenen im Fokus. Zur Überprüfung der Akzeptanz des bestehenden Systems war die BPK vor allem auf die Rückmeldungen der Verwaltung angewiesen. Um eine ausgewogene Meinungsbildung zu gewährleisten, hat die Kommission zudem Vertreter der KMU Binningen und der IG Hauptstrasse zu einem Gespräch eingeladen. Da die Teilrevision des Reglements eine neue Finanzierung mit massiven Erhöhungen vorsieht, waren insbesondere die finanzielle Verträglichkeit für die Anwohner und das Gewerbe von Interesse.

Das Wissen, dass die Einführung eines Parkraumbewirtschaftungssystems mit einer teilweise kritischen Haltung in der Gemeinde Allschwil eine Volksabstimmung provoziert hat und die Parkraumbewirtschaftung abgelehnt wurde, zeigt, wie unterschiedlich das Thema in der Fragestellung von Nutzen und Wirkung diskutiert wird. Dass die Gemeinde Binningen mit der bestehenden Parkraumbewirtschaftung seit Jahren ein funktionierendes System betreibt, ist unbestritten. Mit den Änderungen des Reglements soll für alle Betroffenen eine spürbare Verbesserung realisiert werden. Die Mitglieder der BPK haben in der Beratung der vorliegenden Teilrevision den Zusatznutzen für die Anwohner nicht erkannt. Das neu gewählte Finanzierungsmodell zur Generierung von zusätzlichen Geldern ist nicht nachvollziehbar und schießt am Ziel vorbei. Die qualitative Verbesserung gegenüber dem Status Quo ist nicht ersichtlich und eine gewerbefreundliche Lösung ist nicht erkennbar.

Aus all diesen Überlegungen, welche im Bericht der BPK nachgelesen werden können, kommt die Kommission einstimmig zur Überzeugung, dass die Vorlage zur Überarbeitung an den Gemeinderat zurückgewiesen werden soll. Aus der politischen Diskussion zu diesem Geschäft hat die BPK dem Gemeinderat für die Überarbeitung klare Empfehlungen gemacht. Die Kommission ist der Meinung, dass mit diesen Angaben gute Voraussetzungen für eine qualitative Verbesserung des Reglements gegeben sind. In diesem Sinn beantragt die BPK, den beiden Anträgen zuzustimmen.

Marc Schinzel, FDP unterstützt seitens seiner Fraktion den Antrag der BPK auf Rückweisung des Geschäfts an den Gemeinderat zur Überarbeitung. Die Fraktion unterstützt die von der BPK gemachten Empfehlungen. Die Revision des Parkraumreglements macht in einer weiteren Diskussion nur Sinn, wenn der Zusatznutzen respektive der Mehrwert für die Anwohnerinnen und Anwohner klar ausgewiesen wird. Es ist dabei insbesondere auf eine gewerbefreundliche Regelung Rücksicht zu nehmen und diese umzusetzen. Für die FDP muss die Gebühr, wenn sie jährlich erhoben werden soll, deutlich tiefer sein, als die vom Gemeinderat vorgeschlagenen 120 Franken. Der Votant verweist dabei auf die Einwohnerratssitzung vom 7. Dezember 2015, in welcher sich alle Fraktionen für eine tiefere Gebühr ausgesprochen haben. Der Vergleich des Gemeinderats mit umliegenden Gemeinden zeigt, dass Binningen mit der Gebühr von 120 Franken – wie sie der Gemeinderat vorschlägt – massiv überschiesst und praktisch das Niveau von Basel-Stadt erreichen würde. Die Stadt kann für Binningen bei der Parkraumbewirtschaftung kein nachahmungswerter Benchmark sein.

Die Fraktion stellt den Nutzen einer flächendeckenden Zonierung zur Diskussion und hinterfragt ihn kritisch. Es gibt Gebiete in Binningen, in welchen der Parkierungsdruck gegenwärtig inexistent ist. Die FDP möchte die Diskussion über die Parkraumbewirtschaftung nicht ideologisch führen und wird nur Regelungen zustimmen können, welche zweckmässig, pragmatisch und massvoll sind und einen klaren Mehrwert bringen.

Urs Brunner, SVP erläutert, dass das vom Gemeinderat vorgesehene Geschäft massive Gebührenerhöhungen vorschlägt. Für die SVP sind vier Punkte zentral, welche im Geschäft nicht erkennbar sind:

1. Die Anwohnerparkkarte muss jährlich erneuert und flächendeckend eingesetzt werden, 2. Eine gewerbefreundliche Lösung, 3. Die Bewirtschaftung und Verwaltung muss kostendeckend sein – keine Abzocke, und 4. Ein effizientes Kontrollmanagement. Die SVP stimmt den beiden Anträgen der BPK zu und ist für die Rückweisung an den Gemeinderat.

Beatrice Büschlen, Grüne teilt mit, dass die Grünen die Einschätzung der BPK teilen. Die grundsätzlichen Änderungen und die vielen Empfehlungen wären praktisch eine Erneuerung des Reglements und dafür ist die Verwaltung zuständig. Die Fraktion ist gespannt auf den neuen Vorschlag auf Basis der Empfehlungen der Bau- und Planungskommission, welchen die Grünen grösstenteils folgen können. Sie werden der Rückweisung zustimmen.

Thomas Hafner, CVP möchte aus Sicht der CVP-Fraktion einen Punkt nochmals hervorheben: Die Partei hält speziell die jährliche Anwohnerparkkarte mit 120 Franken für Binninger Steuerzahler als zu hoch. Im Vergleich zu den anderen, nahegelegenen Vorortsgemeinden würde Binningen zum Gebührenspitzenreiter werden. Das wäre nicht im Sinn eines attraktiven Binningens. Im Vergleich dazu hat Riehen heute eine jährliche Gebühr von 30 Franken, Münchenstein ebenfalls. Auch in der CVP-Fraktion kam zuerst die Frage auf: Warum wird eine Rückweisung empfohlen und weshalb wird nicht in der Kommission am Reglement «rumgeschraubt»? In der Kommission wollte man aber ganz klar kein «Gebührenhickhack» machen und damit hemdsärmelig und unkontrolliert Vorschlägen zustimmen. Die Verwaltung soll das Reglement nach den Erkenntnissen und Vorgaben der BPK nochmals überarbeiten und dem Einwohnerat neu vorlegen. Da sich die politische Zusammensetzung im Gemeinderat in der Zwischenzeit geändert hat und sich vielleicht auch die Prioritäten gewandelt haben, ist auch die CVP für eine Rückweisung des Geschäfts.

Brigitte Strondl, SP gibt an, dass ihre Fraktion die Einführung eine Anwohnerparkkarte mit einer jährlichen Gebühr begrüsse. Die in Binningen vorgesehene Gebühr von 120 Franken ist deutlich höher als in umliegenden Gemeinden. Die SP stellt es sich schwierig vor, den Anwohnerinnen und Anwohnern diesen Umstand zu erklären. Sollte eine Jahresgebühr ungefähr im Rahmen der anderen Gemeinden sein und den Aufwand für die Bewirtschaftung decken, dann wäre die Fraktion mit einem Kompromiss einverstanden. Als wichtig und richtig erachtet sie es, dass die blaue Zone ausgeweitet und in zwei Etappen flächendeckend eingeführt wird. Es ist nachvollziehbar, wenn auch statistisch nicht erhoben, dass vor allem auf dem Bruderholz an der Grenze zu Basel, der Pendler- und Suchverkehr zu Ärger bei der dortigen Anwohnerschaft führt und diese schnellstmöglich Gegenmassnahmen erwarten. Die SP ist enttäuscht, dass es mit der Rückweisung des teilrevidierten Parkraumreglements nochmals eine Verschiebung der Einführung gibt, stellt sich aber dennoch nicht gegen diesen Schritt. Sie stimmt dem ersten Antrag der BPK zu, lehnt aber den zweiten Antrag ab. Die Fraktion ist mit den Empfehlungen und inhaltlichen Ergänzungen der BPK nicht einverstanden.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP erachtet es als lustige Rolle, zu einem Geschäft Stellung zu nehmen, zu welchem sie selbst relativ wenig beigetragen habe. Sie bedankt sich bei der Kommission für deren Arbeit. Ihr ist bewusst, dass Legislaturwechsel immer schwierig sind. Trotzdem findet sie es schade, dass man – bei allen Vorbehalten, welche man gegen das Reglement hatte – nicht versucht hat, mit ihr als neu zuständige Gemeinderätin detailliert ins Gespräch zu kommen, bevor man die Vorlage zurückweist. Vielleicht hätte man gemeinsam einen Weg gefunden, ohne an allem «rumzuschrauben».

Es ist so, wie es die Vertreterin der SP gesagt hat. Es gibt diverse Regionen, welche sehr wohl ein Parkplatzproblem haben. Der Druck ist hoch, es gibt laufend Reklamationen. Für diese wäre es wichtig gewesen, man hätte das Reglement möglichst schnell umsetzen können. Aber Tatsache ist, man konnte die Anliegen nicht klar machen. Das ist bedauerlich. Die Gemeinderätin nimmt das so zur Kenntnis. Zur Gebührenhöhe möchte sie folgendes erwähnen: Der Einwohnerrat hat HÜP-Massnahmen beschlossen. Es war ein Teil der HÜP-Massnahmen, dass man nicht nur Kosten senkt, sondern auch zusätzliche Einnahmen generiert. Man kann die Anwohnerparkkarte kostendeckend machen, dann wäre sie ungefähr halb so teuer. Der zweite Teil der Gebühr wäre der HÜP-Massnahme geschuldet gewesen. Dies einfach zu Erklärung. Wenn man HÜP nicht mehr möchte, ist das in Ordnung. Der Einwohnerrat muss sich aber bewusst sein, dass er eine zusätzliche Einnahmequelle streicht. Die Gemeinderätin nimmt die Anregungen zur Kenntnis und verspricht, mit einer neuen Version an den Einwohnerrat zu gelangen.

ABSTIMMUNG

Antrag 1: einstimmig JA

Antrag 2: 30 JA / 5 NEIN / 4 Enthaltungen

BESCHLUSS

://: 1. Das Geschäft wird zur Überarbeitung an den Gemeinderat zurückgewiesen.

://: 2. Die Empfehlungen und inhaltlichen Ergänzungen der BPK sind für die Überarbeitung des Reglements aufzunehmen.

Traktandum 4

Nr. 25

Legislaturprogramm 2016-2020

GESCHÄFTSBERATUNG

Urs Brunner, SVP stellt fest, dass das Legislaturprogramm 2016-2020 im Vergleich zu seinem Vorgänger deutlich schlanker und übersichtlicher wurde. Die SVP nimmt das Programm zur Kenntnis. Die Fraktion ist aber gespannt, wie viele Ziele bis 2020 erreicht werden.

Stephan Appenzeller, SP bedankt sich im Namen der SP-Fraktion beim Gemeinderat für das rekordverdächtig kurze Legislaturprogramm. Es sind 28 Seiten weniger als vor 4 Jahren und immer noch 8 Seiten weniger als vor 8 Jahren. Der Gemeinderat hat sich wahrscheinlich gedacht: In der Kürze liegt die Würze. Die Frage ist: Halten die 4 Seiten, was sie versprechen? Die Fraktion möchte auch zurückblicken: Was wurde vom letzten, dicken Legislaturprogramm erreicht? Was blieb liegen? Was wurde in das jetzige Programm aufgenommen? Dabei stellt sich die Frage an den Gemeinderat: Ist das kurze Legislaturprogramm das Eingeständnis, dass man 4 Jahren mit der zu grossen Kelle angerührt hat und jetzt wieder zurückgeht und kleinere Brötchen backen möchte? Dazu hätte die SP gerne eine Erläuterung des Gemeinderats.

Der Votant ist grundsätzlich der Meinung, lieber wenig, dafür richtig. Auch die Partei hält das für den richtigen Ansatz. Es gibt einige Punkte, welche sie ausdrücklich unterstützen. Beispielsweise das kinder- und jugendpolitische Programm oder auch die Ziele bei der Bildung. Schulraum zu schaffen ist ein wichtiges Thema für die Gemeinde Binningen. Es ist der SP aber auch wichtig, dass man an der Qualität der schulischen Bildung arbeitet und die Mittagstischbetreuung nicht vergisst, bei welcher immer noch Kinder auf der Warteliste stehen. Die Fraktion geht davon aus, dass das Thema angegangen wird und vom

Gemeinderat unter dem Punkt Bildung subsummiert wurde. Auch das Thema Verkehr unterstützen sie sehr. Bei der Entlastung der Hauptstrassen kann man den Fokus auch weiter öffnen und schauen, wie man den öffentlichen Verkehr - gerade auf der oberen Hauptstrasse - vielleicht mit mehr Sperrflächen entlasten könnte. Wenn dazu ein Dialog mit dem Kanton in Gange kommt, wäre das sehr erfreulich. Auch der Partizipationsprozess für ein gemeindepolitisches Leitbild ist ein wichtiges Thema. Damit können die Leute in der Gemeinde sicher motiviert werden, politisch mitzuwirken.

Der Redner möchte noch zwei Fragen zu den grossen Leitlinien anbringen. Das Programm steht unter der Headline «Binningen 4.0». Unter 4.0 versteht man gemeinhin die Industrialisierung 4.0, also die hochautomatisierte digitalisierte Industrielandschaft. Wie sieht das Zukunftsbild des Gemeinderats aus für die hochdigitalisierte vollautomatische Gemeindeverwaltung? Das Thema Nachhaltigkeit, welches über allem steht, begrüsst und unterstützt die SP sehr. Sie hätte aber gerne eine Konkretisierung: Was kann man sich darunter vorstellen? Wie geht der Gemeinderat das Thema Nachhaltigkeit an? Mit diesen Fragen nimmt die Fraktion, positiv gestimmt, Kenntnis vom Legislaturprogramm 2016-2020.

Anand Jagtap, Grüne teilt mit, die Grüne Fraktion habe das vorliegende Legislaturprogramm mit grossem Interesse gelesen. Der Gemeinderat betont, dass der Umfang des Programms im Vergleich zu den Vorjahren deutlich reduziert wurde. Tatsächlich wirkt es auch weniger umfassend. Es ist aber immer noch sehr ambitiös. Die Fraktion zweifelt daran, dass das Legislaturprogramm derart fokussiert ausgestaltet wurde, und dass es auch wirklich in einer Legislatur umgesetzt werden kann. Viele Themen, welche im letzten Programm nicht verwirklicht werden konnten, wurden wieder aufgenommen. Es fehlen hingegen wirklich neue Themen und Ideen für die Zukunft Binningens. Es erstaunt die Grünen, dass das Thema Leitbild wieder aufgenommen wurde, nachdem in der letzten Legislatur viel über Partizipation geredet und auch im Legislaturprogramm versprochen wurde, aber letztlich nicht umgesetzt werden konnte. Diesmal ist das Thema noch prominenter, als eines der tragenden Oberziele, aufgeführt. Nach Einschätzung der Fraktion ist es nicht ganz einfach, mit den Einwohnern und Einwohnerinnen einer Gemeinde ein Leitbild zu erstellen. Die Einwohnerschaft müsste nämlich sagen können: «Wir sind Teil des Leitbilds. Wir haben mitgewirkt und unsere Stimmen wurden gehört.» Genau bei diesem Punkt gab es in der letzten Zeit immer wieder Probleme. Stimmen wurden nicht gehört. Die Bevölkerung fühlt sich nicht ernst genommen. Aufgrund dieser Ausgangslage ist es sehr wichtig, einen sauberen Prozess zu definieren. Sonst erreicht der Gemeinderat das Gegenteil von dem, was er beabsichtigt.

Der Votant möchte noch einen Hinweis zur Systematik anbringen. Den Grünen ist aufgefallen, dass gewisse Massnahmen nicht zur Zielsetzung passen oder anders formuliert, dass die Ziele mit den hinterlegten Massnahmen gar nicht umgesetzt werden können. Zum Beispiel bei der öffentlichen Sicherheit oder bei der Ortsplanung beim Stichwort Attraktivität und Marketing. Was sicher positiv zu vermerken ist, ist der Wille zu nachhaltigen Lösungen als oberste Maxime. Letztlich ist aber auch das eine grosse Herausforderung. Zum Abschluss möchte der Votant nochmal auf das Thema Fokussierung zurückkommen. Auch hinter der Finanzierung dieses Legislaturprogramms stellt die Partei ein grosses Fragezeichen. Die Gemeinde muss wahrscheinlich froh sein, wenn der Schulraum finanziert werden kann. Im Legislaturprogramm gibt es aber auch andere Projekte, wie die Immobilienstrategie und ein neuer Werkhof. Die Grünen nehmen das Programm zur Kenntnis und wünschen dem Gemeinderat bei der Umsetzung gutes Gelingen.

Christoph Maier, FDP führt aus, die FDP stelle grundsätzlich fest, dass es sich beim vorliegenden Legislaturprogramm um ein Sammelsurium von Wünschen – ein eigentliches Wunschkonzert - handelt. Der Gemeinderat stellt gleichzeitig in Aussicht, dass er in einem partizipativen Prozess ein Leitbild erarbeiten möchte, um der generellen Stossrichtung seiner Tätigkeit noch mehr Unterstützung zu sichern. Der Votant stellt hinter einen derartigen partizipativen Prozess ein grosses Fragezeichen. Wenn die ganze Bevölkerung einbezogen und zur politischen Stossrichtung der Gemeinde ihre Meinung zum Ausdruck bringen soll, dann gibt es dafür eigentlich die bestehenden demokratischen Strukturen. Ausdruck davon ist das anwesende Gremium, der Einwohnerrat, welches sich aus Vertretern der Bevölkerung zusam-

mensetzt. Es stellt sich die Frage, ob ein solcher partizipativer Prozess nicht einfach eine Umgehung der demokratischen Strukturen und nicht eine gut gemeinte Massnahme ist, um die Leute zur Politik zu bringen. Es wäre vielleicht einfacher, man würde direkt mit dem Einwohnerrat - als Vertreter der Bevölkerung, welche partizipiert werden soll - etwas intensiver über derartige Wunschkonzerte diskutieren.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP bedankt sich für die Voten und Hinweise zum Legislaturprogramm. Es ist ein Programm, welches über 4 Jahre geht. Der Gemeinderat ist daran gehalten, möglichst viel umzusetzen. Das eine oder andere wurde durch den Einwohnerrat mit kritischen Voten vermerkt, was der Gemeinderat gerne so aufnimmt. 4.0 ist ein Hinweis auf die Digitalisierung. Dahinter steht momentan kein konkretes Projekt. Die Gemeinde kann sich aber den Entwicklungen, welche vonstatten gehen, nicht entziehen. Das muss immer wieder berücksichtigt werden und kann je nachdem interne oder externe Auswirkungen haben. Zur Nachhaltigkeit kann der Gemeinderat noch keine konkreten Aussagen machen. Es wurde ein Prozess angestossen, in welchem das Thema Nachhaltigkeit in verschiedenen Workshops erarbeitet und so in der Gemeindeverwaltung implementiert wird. Es ist ein riesiger Prozess. Wo das Thema zu landen kommt, kann der Gemeinderat erst nach den nächsten Schritten sagen. Er bittet die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte um Geduld und verspricht, sie laufend zu informieren. Die Partizipation ist ein weiteres, grosses Anliegen des Gemeinderats. Man möchte mehr Kontakt zur Bevölkerung. Es wurde richtig gesagt, der Einwohnerrat ist die Vertretung der Bevölkerung. Auch die Kommunikation zum Einwohnerrat ist sicher noch zu verbessern. Deswegen sucht der Gemeinderat Prozesse, um die Politik breit abzustützen und dankt für die Mithilfe des Einwohnerrats.

ABSTIMMUNG

38 JA / 1 Enthaltung

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt das Legislaturprogramm 2016 – 2020 zur Kenntnis.

Traktandum 5

Nr. 162/XI

Abrechnungen Testplanung Dorf

Einwohnerratspräsidentin Susanne Tribolet, SP informiert die Mitglieder des Einwohnerrats, dass ihnen zu diesem Geschäft leicht angepasste Unterlagen aufliegen.

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Beatrice Büschlen, Grüne ist der Meinung, die Testplanung sei informativ und aufschlussreich trotz der Kürzung des Planungskredits durch den Einwohnerrat im Jahr 2015. Die Grünen sind gespannt auf die weiteren Planungen in diesem Gebiet und genehmigen die Punktlandung.

Stephan Appenzeller, SP nimmt erfreut zur Kenntnis, dass die Testplanung leicht unter dem Budget abgeschlossen werden konnte. Die SP genehmigt das Geschäft.

Urs Brunner, SVP findet es sehr positiv, dass die Kreditlimite nicht überschritten wurde. Die SVP-Fraktion genehmigt den Kredit.

Andrea Alt, CVP kann ihren Vorrednern zustimmen. Die CVP freut sich, dass die Kosten nicht überschritten wurden und ist nun gespannt auf tolle Projekte.

Daniel Zimmermann, FDP schliesst sich den bisherigen Voten an. Die FDP genehmigt die Abrechnung und ist selbstverständlich ebenfalls gespannt auf das Resultat all dieser Planungen.

ABSTIMMUNG

Einstimmig JA

BESCHLUSS

://: Die Abrechnung Testplanung Dorf mit Gesamtkosten von CHF 256 299.55 und Minderkosten von CHF 1700.45 (-0.6%) gegenüber der bewilligten Kreditlimite wird genehmigt.

Traktandum 6

Nr. 20

Motion SP-Fraktion, G. Löhr: Apéro nach der ER-Sitzung im Dezember

Simone Abt, SP führt aus, sie habe heute gewissermassen einen Themenabend: wieder SP; wieder Thema Trinken. Sie möchte nochmals kurz erklären, weshalb das Anliegen im November auf die vielleicht irritierende Weise eingereicht wurde. Ausgelöst wurde der Vorstoss durch Anfragen an die SP, ob die Fraktion den besagten Apéro ausrichten würde. Die SP verneinte diese Anfragen und hat daraufhin den vorliegenden Vorstoss eingereicht. Die Absicht war es, bereits im Dezember 2016 die Möglichkeit zu haben, wieder einen Apéro durch die Gemeinde bereitstellen zu lassen. Das wäre aber dringlich gewesen. Der Vorstoss ist ziemlich ähnlich, wie das nächste Geschäft: Postulat CVP-Fraktion zum Easyvote-Abstimmungsbüchlein. Es handelt sich um eine Streichung im Zusammenhang mit der Haushaltsüberprüfung. Das soll wieder rückgängig gemacht werden, weil es sich eigentlich um ein schützenswertes Anliegen handelt. Die Votantin bittet um Überweisung der Motion. Sollte dies nicht der Fall sein, könnte sich die SP vorstellen, das Anliegen als Budgetpostulat nachzureichen. Das wäre eine Option, müsste aber nicht sein. Wenn die Motion jetzt überwiesen wird, wäre die Sache erledigt.

Die Präsidentin hat vor dem nächsten Votum noch eine kleine Ergänzung anzubringen. Bei der Antwort des Gemeinderats hat sich ein kleiner Fehler eingeschlichen. Es handelt sich im letzten Abschnitt nicht um das Geschäft 114, sondern 112 (Haushaltsüberprüfung).

Urs Brunner, SVP findet, die Basler Zeitung habe es in ihrem Artikel vom letzten Freitag: «Das Alkoholproblem der Binniger Sozialdemokraten» treffend auf den Punkt gebracht. Der Votant zitiert: «Wäre die SP Binningen eine Zirkusattraktion, sie würde dem Weissclown und seinem dummen August Konkurrenz machen.» Fakt ist: Im Rahmen der Haushaltsüberprüfung des Gemeinderats hat die GRPK unter anderem beschlossen, die Kosten des Dezember-Apéros zu streichen. Die Streichung wurde an der Einwohnerratssitzung vom 25. August 2014 genehmigt und verabschiedet. Im Dezember 2014 haben die Grünen und im Dezember 2015 hat die SVP den Apéro übernommen und bezahlt. 11 Monate später realisiert die SP, dass sie an der Reihe wäre, die Kosten des Apéros zu übernehmen. Doch die Fraktion streikt. Jene SP, die sich Solidarität und Gerechtigkeit auf ihre Fahnen geschrieben hat, schert unsolidarisch aus. Die Kosten könnten ohne weiteres nicht nur aus Mitgliederbeiträgen, sondern auch aus Mandatsbeiträgen berappt werden. Im Übrigen ist der Votant der Meinung, diese Motion gehöre nicht in den Einwohnerrat, sondern in die Budgetberatung der GRPK. Die SVP-Fraktion spricht sich gegen eine Überweisung an den Gemeinderat aus.

Peter Heiz, FDP erklärt, auch die FDP könne nicht mithelfen, die Motion an den Gemeinderat zu überweisen. Aus verschiedenen Gründen. Im Rahmen der HÜP-Massnahmen wurde der Apéro gestrichen. In der HÜP-Kommission waren viele gescheite Köpfe aus dem ganzen Einwohnerrat vertreten, welche sich das wohl überlegt und gefunden haben, mit der Streichung des Apéros werde Binningen nicht entscheidend aus den Bahnen geworfen. Die FDP ist nicht dafür, dass mit dieser Motion allenfalls ein Präzedenzfall geschaffen wird, indem man aus den HÜP-Massnahmen bruchstückhaft einzelne Massnahmen herausreisst. Auch viele kleine Posten sparen zum Schluss eine grosse Summe ein. Das ist – das zeigt dem Votanten seine Erfahrung im Rat – allerdings eine buchhalterische Vorstellung, mit welcher die SP immer wieder Mühe bekundet. Es ist aber, da kann er der SP Recht geben, sicher nicht Aufgabe der Gemeinde einen solchen Apéro zu finanzieren.

Aus Sicht des Votanten ist möglicherweise auch ein kurzer Rückblick in die Medizingeschichte interessant. Das Wort Apéro kommt nämlich medizinhistorisch aus dem 16. Jahrhundert und bezeichnete damals ein öffnendes und abführendes Heilmittel. Im Wortstamm Apéro ist das Wort aperire, lateinisch öffnen, enthalten. Es wurde dann im Spanischen zu abrir oder auf Französisch zu ouvrir. Es weitet also die Körperöffnungen. Solange es die obere Körperapertur betrifft, ist diese Wirkung hochwillkommen. Das führt zu Gesprächsfreudigkeit und man mag danach mehr essen. Es bewegt den Mund in eine positive Richtung. Sollte es allerdings – und das wäre weniger schön – die untere Körperapertur öffnen, dann wäre das, gerade in einem Saal wie dem Kronenmattsaal, nicht sehr angebracht und auch nicht sehr schön. Aus all diesen Gründen kann die FDP die Motion nicht überweisen.

Rahel Bänziger, Grüne findet es schön, dass Peter Heiz dem Gremium, welches HÜP beschlossen hat, eine Gescheitheit attestiert. Es war ein Mehrheitsbeschluss. Sie weiss nicht, ob die Mehrheit die Klügeren sind. Aber das möchte die Votantin einmal so stehen lassen. Die Votantin wiederholt, es handle sich um eine vom Einwohnerrat beschlossene Massnahme. Den Grünen war der Apéro sehr viel wert, weil sie gerade nach der Budgetsitzung den Austausch – um Abzukühlen und die Fronten, welche bestanden haben, wieder aufzuweichen – geschätzt haben. Deswegen haben sie aus der Not eine Tugend gemacht und den ersten Apéro offeriert. Die SVP hat es den Grünen im folgenden Jahr gleich getan. Jetzt wird der Apéro leider nicht mehr weitergeführt. Grundsätzlich teilt die Fraktion die Ansicht der SP, dass es nicht die Aufgabe der Politiker und Politikerinnen sein kann, den Apéro zu finanzieren. Es wäre eigentlich auch eine kleine Anerkennung gegenüber der Arbeit der Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte gewesen. Die Grünen denken, dass eine Motion nicht das richtige Mittel ist. Die Fraktion würde sich ihre Unterstützung bei einem möglichen Budgetpostulat nochmals überlegen.

Karl J. Heim, CVP bemerkt, dass die Motion, welche nun nicht mehr dringlich frankiert sei, für die CVP ziemlich quer in der Landschaft stehe. Die Fraktion ist schlicht der Meinung, es brauche diesen Jahresausklangs-Apéro gar nicht. Es gibt bereits genug offizielle Apéros und die Finanzierung ist auch nicht Behördensache. Die Parlamentarier können allenfalls interfraktionell ihre Mundhöhlenbefeuchtung vornehmen. Wenn jemand individuell und auf freiwilliger Basis etwas organisieren möchte, ist das natürlich immer willkommen. Die CVP lehnt die Überweisung der Motion ab.

Gaida Löhr, SP stellt fest, dass auch in dieser Diskussion mindestens zweimal gesagt wurde, man habe erwartet, die SP würde. Damals war der Druck noch etwas stärker und das war auch der Grund, weshalb die Partei überhaupt reagiert hat. Die SP ist es durchaus gewohnt, im Rat auch einmal zu verlieren und dann auf etwas zu verzichten. Das heisst mit dem Verzicht auf den Apéro konnten sie durchaus leben. Mit dem Druck, dass dies plötzlich eine Aufgabe der Parteien sein soll, damit wollte die Fraktion nicht leben und auch transparent machen, dass es so nicht sein kann. Die Votantin findet es nicht ein wahn-sinnig wichtiges Geschäft. Für die von Urs Brunner zitierte BAZ ist es scheinbar ein wichtiges Geschäft. Sie glaubt, es gibt wichtigeres.

Die Rednerin ist sich nicht sicher, ob es ein Budgetpostulat braucht, wenn die Motion jetzt nicht über-wiesen wird. Sie findet, man müsse ehrlich sein: entweder man verzichtet auf den Apéro wegen HÜP oder man verzichtet nicht. Aber es wird ganz sicher kein Druck auf die Parteien oder jemand Privates ausgeübt, um einen Apéro auszurichten.

Marc Schinzel, FDP: «Schuelruumplanig, Parggplätz, Schloss, und mehr liggt no im Chratte, doch d SP meint, es bruuchi jetzt en Apéro-Debatte.
Binnige het uns doch gwäält um do z politisiere
und nid um über so viil Kääs mit Wisswii z diskutiere.
Drum Gaida, los, I glaub I mues dii Motion versängge,
doch wött I Dir weenigschtens no e gsunds Frässköörbli schängge.»

ABSTIMMUNG

Überweisung: 28 NEIN / 5 JA / 6 Enthaltungen

BESCHLUSS

://: Die Motion wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 7

Nr. 21

Postulat CVP-Fraktion: Easyvote-Abstimmungsbüchlein

Thomas Hafner, CVP erläutert, die Fraktion sei bestrebt, dass sich vor allem junge Erwachsene so früh wie möglich für die Politik interessieren. Neben dem Easyvote-Abstimmungsbüchlein aus Papier sind heute auch moderne Apps vorhanden. Der 17-jährige Sohn des Votanten hat ihm letzte Woche ganz interessiert eine solche App gezeigt und auch gleich über die Inhalte diskutiert, welche die App relativ neutral dargestellt hat. Es war das erste Mal, dass der Sohn eigenständig Abstimmungsvorlagen nachlas und sich anscheinend auch dafür interessierte. Die CVP ist gespannt, welche unterschiedlichen Möglichkeiten samt Kostenfolgen der Gemeinderat dem Einwohnerrat aufzeigen wird.

Roman Oberli, SVP erklärt, dass es für die SVP wichtig sei, junge Leute zum Wählen zu motivieren. Die Fraktion findet es eine gute Idee so einen Beitrag zu leisten, um die Hürde für junge Leute zu senken, sich an den Abstimmungen zu beteiligen. Die SVP ist gespannt, welche Optionen der Gemeinderat aufzeigen wird und überweist das Postulat.

Manuela Eichenberger, Grüne erscheint die Grundidee von Easyvote, die Jungen für die Abstimmungen zu mobilisieren, unbestritten. Sie fragt sich jedoch, ob das Papier-Büchlein wirklich die adäquate Lösung in der heutigen Zeit ist. Das Papier bleibt zuhause auf dem Tisch liegen und wandert – im besten Fall – ins Altpapier. Die Jungen informieren sich mit dem Handy, sehen ein Abstimmungsplakat und möchten rasch nachschauen, um was es dabei geht. Sie brauchen den Link, dass sie sich an einem Ort in ihrer Sprache informieren können. Das ist das Wichtige bei Easyvote. Es ist wirklich auf die Jungen ausgerichtet. Deswegen finden die Grünen die Idee von Easyvote gut und unterstützungswürdig. Für die Grünen ist klar, sie wollen das Büchlein - schon aus Argumenten des Umweltschutzes - nicht. Die Prüfung durch den Gemeinderat findet die Partei gut und unterstützt die Überweisung daher. Für die Rednerin stellt sich aber die Frage, wie sich Easyvote in Zukunft finanzieren wird. Denn zurzeit finanzieren sie sich über den Verkauf der Abstimmungsbroschüren. Die Verantwortlichen müssen sich allenfalls Gedanken machen, wie sie ihre Idee überhaupt noch finanzieren können.

Patrizia Aebi, SP äussert, die Fraktion freue sich sehr, dass die CVP ein altes SP-Anliegen wieder aufgreife. Das Abstimmungsverhalten wird in den jungen Jahren geprägt. Es ist daher sehr wichtig, dass man die Jungen zum Abstimmen und Wählen animiert. Die Votantin möchte noch erwähnen, dass Allschwil das Easyvote-Abstimmungsbüchlein ebenfalls im Einsatz hat und beibehält. Es war wirklich erfolgreich.

Manuel Mohler, FDP teilt mit, es sei auch für die FDP wichtig, dass sich die Jungen an die Urne begeben. Die Fraktion möchte abklären lassen, welche Möglichkeiten es heute im elektronischen Bereich gibt.

ABSTIMMUNG

Überweisung: 38 JA / 1 NEIN

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 8

Nr. 210/X

Evaluationsbericht FEB-Reglement

GESCHÄFTSBERATUNG

Beatrix Rheiner, FDP bedankt sich im Namen der FDP-Fraktion beim Gemeinderat für den im versprochenen Zeitrahmen verfassten Evaluationsbericht. Der Bericht ist sehr umfassend, informationsreich und transparent. Die FDP freut es besonders, dass einige Ziele erreicht wurden. Namentlich die finanziell sehr erfolgreiche Umstellung von der Objekt- auf die Subjektfinanzierung und die Tatsache, dass sich vermehrt private Anbieter in der vorschulischen Betreuung, sprich Kitas, in der Gemeinde etabliert haben. Damit konnten die Wartelisten abgebaut werden. Die Fraktion begrüsst das ständig erweiterte und an die Bedürfnisse angepasste Angebot an Mittagstischen und Nachmittagsangeboten und freut sich, dass die Kosten unter Kontrolle geblieben sind. Die mögliche Reintegration der familienergänzenden Betreuung ins schulische Angebot, respektive unter die Aufsicht der Schulleitung, erachtet die FDP als prüfungswert, solange dies kostenneutral erfolgt. Bei den Standortleitungen der verschiedenen Mittagstische ist aus ihrer Sicht keine Stellvertretung der örtlichen Standortleitung für jedes Nebengebäude notwendig – man redet hier von einem Umkreis von 20 Metern. Die Partei ist zurückhaltend mit einem Freipass, was einen rein nachfragegetriebenen weiteren Ausbau der schulischen Betreuungsangebote betrifft. Neben höheren Betriebskosten, welche allenfalls über die Elternbeiträge abgedeckt werden könnten, ist es vor allem eine Frage der Infrastruktur. Man sollte den damit verbundenen Kosten Beachtung schenken. Möglicherweise werden auch in Zukunft gewisse Kapazitätsgrenzen im bestehenden System offensichtlich. Die FDP wird die Entwicklung, auch was die Empfehlungen des Gemeinderats und der geplanten Arbeitsgruppe betrifft, eng beobachten. Die Fraktion nimmt den Evaluationsbericht positiv und wohlwollend zur Kenntnis.

Rahel Bänziger, Grüne möchte dem Gemeinderat für den sehr ausführlichen und guten Bericht danken. Es ist schön, dass die Gemeinde eine derart gute Auslastung und vor allem einen sehr hohen Anteil an Vollzahlern hat. Es ist wirklich ein Erfolgsmodell. Die Votantin ist froh, dass man über flexible Modul-Modelle verfügt, welche ganz spezifisch und flexibel von Teilzeitarbeitenden in Anspruch genommen werden können. Der Gemeinderat schlägt eine Anpassung der Verordnung vor, mit welcher er unter anderem die Wartelisten abbauen möchte. Die Grünen sind mit den meisten der Vorschläge einverstanden. Nur mit der Mehrbelastung des Mittelstands, indem man die maximale Einkommensgrenze auf 100 000 Franken senkt, ist die Fraktion nicht einverstanden. Dadurch sinkt der return of investment. Das steht im Widerspruch zu den Berechnungen des Gemeinderats, in welchen er vorrechnet, wie positiv sich das FEB auf die Finanzen ausgewirkt hat. Die Grünen hoffen zudem, dass das Essen wieder besser wird. Da kann die Rednerin aus den Erfahrungsberichten ihrer Kinder berichten. Es wäre sehr schön,

wenn man das in die Hand nehmen und auf die Essensqualität achten würde. Auch Kinder mögen gutes Essen.

Susanna Keller, SVP bemerkt, die SVP-Fraktion nehme den Bericht positiv auf. Beim Durchlesen haben sich für die Votantin einige Verständnisfragen ergeben.

Erstens: Die Fraktion hat auf Seite 3 im oberen Abschnitt eine Textverständnisfrage. Es heisst dort: «Bei alleinerziehenden Eltern wurden die entsprechenden eingegangenen Steuern berechnet, bei doppelverdienenden Ehepaaren die Steuern auf dem tieferen der beiden Einkommen. Unter Berücksichtigung dieser Annahme konnten 276 100 Franken zusätzliche Gemeindesteuern und 563 900 Franken zusätzliche Staatssteuern generiert werden.» Die Fraktion versteht nicht, wieso das so ist, und ob sich die beiden Sätze nicht irgendwie beissen.

Zweitens: Auf Seite 9 wird auf zusätzliches Personal an einem Nachmittag im Monat Bezug genommen zur Ermöglichung eines Ausflugs. Auf Seite 12 wird nochmals erwähnt, dass einmal pro Monat und Standort eine zusätzliche Person eingestellt werden kann, welche den ganzen Nachmittag mit den Kindern verbringt und Ausflüge durchführen kann. Heisst das, dass nur noch eine Person in der fixen Mittagbetreuung bleibt und zwei Begleitpersonen auf dem Ausflug sind?

Drittens: «Das Pensum der Standortleitungen: Das Volumen an den einzelnen Standorten hat sich in den letzten Jahren mehr als verdoppelt. Dies bedingt einen grösseren Organisationsaufwand und die Führung von zusätzlichen Gesprächen mit Mitarbeitenden und Eltern. Aufgrund dessen wird der Umfang der Leitungszeit derzeit geprüft und gegebenenfalls angepasst.» (Seite 15, letzter Abschnitt) Die SVP möchte wissen, was das heisst. Wer ist in dieser Begleitgruppe?

Andrea Alt, CVP freut es, dass nach 3 Jahren festgestellt werden kann, dass sich die Umsetzung bewährt hat. Mit der Umstellung von der Objekt- auf die Subjektfinanzierung konnten die angestrebten Ziele, die Gleichbehandlung aller Eltern, erreicht werden. Einige Punkte möchte die Fraktion aber trotzdem noch hervorheben. Die Kosten haben sich für die Gemeinde verringert. Das ist toll für die Gemeinde, aber irgendwo müssen diese Kosten trotzdem auftauchen. Wer übernimmt diese jetzt? Sind das die Eltern oder die Stiftung Kinderbetreuung? Oder musste einfach das Angebot eingeschränkt werden: ein niedriger Betreuungsschlüssel oder die Qualität des Angebots? Die Tarifordnung müsste gegebenenfalls nochmals überprüft werden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll nicht dazu führen, dass das verfügbare Einkommen zurückgeht und die Eltern im schlimmsten Fall wieder von der Sozialhilfe abhängig werden. Im Moment ist nämlich nur ein Viertel aller Nutzer subventioniert. Die Zahl der sogenannten Durchbucher nimmt laufend zu. Die CVP unterstützt die Idee, dass man zukünftig über ein integrales Angebot oder eine Tagesschule nachdenkt. Man sollte damit aber nicht zu lange warten, da es sonst an Räumlichkeiten fehlt. Das wäre allenfalls auch ein Thema für die Spezialkommission Schulraumplanung.

Der Partei erscheint es unvermeidbar, dass es Wartelisten für den Mittagstisch gibt. Dass diese an einigen Standorten aber derart hoch sind, ist für sie inakzeptabel. Es muss schnellstmöglich eine Lösung gefunden werden, sonst leidet die Attraktivität des Angebots. Es werden Kosten auf die Gemeinde zukommen. Auch hier braucht es eine frühzeitige Planung. Die CVP befürwortet es, dass eine Priorisierung bei den Anmeldungen stattfindet. Es wäre aber auch wünschenswert, es hätte genug Platz für alle. Umgekehrt darf das Vorhandensein eines Angebots nicht als Legitimation für einen längeren Schulweg angesehen werden. Und das ganz sicher nicht bei Familien, bei welchen nur ein Elternteil 100 % berufstätig ist. Die Qualität des Essens muss weiterhin streng kontrolliert werden. Trotz einer neuen Ausschreibung ging die Submission wieder an den gleichen Caterer. Die bereits erfolgten Anpassungen erachtet die Fraktion als gewinnbringend und dankt dem Gemeinderat für die Ausführungen.

Gaida Löhr, SP erklärt, dass sich die SP dem Dank an Gemeinderat Philippe Meerwein und Abteilungsleiter Stefan Brugger und an alle Beteiligten anschliesse. Auch sie finden den Bericht ausführlich, informativ und ausgesprochen gut. Die Kinderzahlen nehmen schweizweit wieder deutlich zu. Eventuell ist das tatsächlich die Folge davon, dass man heute nicht mehr wählen muss zwischen Beruf und Kind. Das ist erfreulich. Für Politik und Verwaltung ist es eine Herausforderung. Es müssen genügend Betreuungs-

plätze, Schulraum und Wohnungen geschaffen werden. Es ist aber deutlich befriedigender, für Kinder und die Zukunft zu planen, als nur zu überlegen – wie es in den letzten Jahren oft vorkam –, wie man mit der Überalterung der Gesellschaft umgehen möchte. Die positiven Punkte, welche erwähnt wurden, hat sich die SP ebenfalls notiert. Die Fraktion hat aber auch die kritischen Bemerkungen, wie sie beispielsweise von Andrea Alt kamen, vorgesehen. Die Tatsache, dass die Kosten für die Gemeinde um ein Drittel gesunken sind, obwohl es mehr Kinder gibt, hat nicht einfach damit zu tun, dass man zur Subjektfinanzierung gewechselt hat. Hier wurden tatsächlich Kosten abgewälzt. Das ist aus Sicht der SP nicht gut. Es wurde darauf hingewiesen und auch vorgerechnet, dass es für die Steuern gewinnbringend ist, wenn bei mehr Familien wieder beide Elternteile arbeiten können.

Bei den Kitas ist es sicher erfreulich, dass es genug Plätze gibt. Bisher wurde gelobt, dass für alle Eltern die Möglichkeit besteht, auszusuchen und Subventionen in Anspruch zu nehmen, falls es notwendig ist. Kitas schiessen derzeit - nicht nur in Binningen - extrem aus dem Boden. Es werden sehr viele neue Kitas eröffnet, wodurch es genug Plätze gibt. Ob es auch dazu führt, dass alle Kitas qualitativ auf einem hohen Level sind, ist eine andere Frage. Das wird nicht kontrolliert. Es gibt einfach eine Bewilligung des Kantons. Man könnte an und für sich einen Mindest- oder Maximalstandard bringen. Für die Fraktion wäre es wichtig, dass man die Kitas grundsätzlich motiviert, ein tolles Raumangebot, einen Aussenbereich, einen guten Betreuungsschlüssel, eine Sprachförderung, Ausbildungsplätze für Lehrlinge usw. zu haben. All das müsste für eine Kita lohnend sein. Das war es, solange die Gemeinde nach diesen Kriterien subventioniert hat. Jetzt nicht mehr. Die Fraktion würde sich wünschen, dass sich die Gemeinde bis im Sommer - wenn eine neue Reglementsänderung kommt - überlegen würde, ob es nicht möglich ist die Kitas mit einem System zu belohnen, welche mehr machen als das Minimum.

Beim Mittagstisch ist die SP der Meinung, dass es keine Wartelisten geben sollte. Für Eltern, welche damit rechnen, dass ihr Kind am Mittagstisch teilnehmen kann, sollte das auch zutreffen. Die Votantin ist nicht der Meinung, dass unbedingt alle Kinder in ihrem Schulhaus gepflegt werden müssen. Aber wenigstens kurzfristig sollte die Möglichkeit bestehen, mit einem erträglichen Weg an einen Mittagstisch zu kommen. Langfristig sollte das Angebot vorhanden sein. Das scheint der Partei ganz wichtig. Die Unterstellung unter die Schulleitung ist für sie gut, die Aufstockung der Leitungen ebenfalls.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP bedankt sich bei den Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten für die wohlwollende Aufnahme des Evaluationsberichts. Er ist sehr umfangreich und es ist erfreulich, wie sich das Ganze entwickelt. Es gab in der Geschäftsberatung verschiedene Anmerkungen und Fragen im Rat, welche er gerne beantworten möchte. Von der Grünen Fraktion kam der Hinweis bezüglich der Einkommensgrenze. Es handelt sich dabei um eine HÜP-Massnahme, welche bereits umgesetzt wurde. Man ist von 117 000 Franken auf 100 000 Franken runter gegangen. Die Essensqualität ist eine ständige Herausforderung. Der Gemeinderat holt Feedbacks ein und gibt dem Caterer Rückmeldungen. Der Auftrag wurde neu ausgeschrieben. Man landete aber wieder beim gleichen Anbieter, weil es auf dem Markt in der Region zu wenig Anbieter gibt, welche im Preis und in der Qualität konkurrenzfähig sind. Der Gemeinderat wird dies weiter beobachten und periodisch einen neuen Anbieter suchen. Aus der SVP-Fraktion kamen verschiedene Fragen. Auf Seite 3 handelt es sich um eine Annahme bezüglich einer Steuerberechnung. In der Berechnung werden die Grössenordnungen ersichtlich, welche bezüglich der Steuereinnahmen auf Gemeinde- und Kantonsseite entstehen. Bei der Nachmittagsbetreuung geht es darum, dass eine zusätzliche Person angestellt wird, damit Ausflüge überhaupt durchgeführt werden können. Wenn nur eine Betreuungsperson vor Ort ist, kann kein Ausflug gewährleistet werden. Es geht zudem darum, den Kindern, welche mehrheitlich in der Nachmittagsbetreuung sind, die Möglichkeit zu bieten, weitere Sachen zu erleben, und nicht immer nur warten zu müssen bis der eine kommt oder der andere geht. Das Pensum der Standortleitung ist unter dem Handlungsbedarf aufgeführt. Diesen Punkt wird der Gemeinderat noch genauer anschauen und Stellung dazu beziehen.

Bezüglich der generellen Kosten, welche zurückgefahren wurden: Die Gemeinde wechselte von der Objekt- zur Subjektfinanzierung. Somit konnte man nachweisen, dass die meisten Nutzer Vollzahler sind und keine Subventionen benötigen. In einer anderen Gemeinde im Kanton Baselland würde das Bild

wahrscheinlich komplett anders aussehen. Dann würde das gleiche System vielleicht 2 Millionen kosten. Binningen ist beim FEB darauf angewiesen, dass es viele Vollzahler gibt, welche sich das leisten können. Deswegen gibt es ein Minus in der Kasse. Der Gemeinderat trägt Sorge bezüglich der Schwelleneffekte, dem Abrutschen in die Sozialhilfe. Für diese Fälle gibt es eine Härtefallregelung. Die sozialen Dienste haben die Möglichkeit ein Härtefallgesuch beim Gemeinderat einzureichen, wenn sie feststellen, dass eine solche Situation einzutreffen droht. Es gab relativ wenig solche Gesuche. Der Gemeinderat wird das aber weiterhin beobachten.

Zurzeit gibt es bei den Durchbuchern noch zu wenig Nachfrage für eine Tagesschule. Es gibt noch zu wenige Kinder, welche 5 Tage in der Woche von morgens um 8 Uhr bis abends um 18 Uhr betreut werden. Auch dieser Punkt muss weiter beobachtet werden. Die Gemeinde hat aber an jedem Standort Strukturen, welche modular belegt werden können. Dadurch könnte eine Struktur in eine Tagesschule umgesetzt werden. Das sollte keinen zusätzlichen Raumbedarf generieren, sondern die bestehenden Kunden anders bedienen. Bezüglich Mittagstisch und Wartelisten: Der Gemeinderat hat verschiedene Massnahmen ergriffen mit der Priorisierung, bei welcher Beruf und Familie berücksichtigt werden soll. Es wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich dem Thema annimmt und auch die eingereichte Motion wird derzeit beantwortet. Der Gemeinderat geht das Thema auf verschiedenen Ebenen an, die Lösung ist jedoch nicht ganz einfach.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP erklärt, dass das Reglement in nächster Zeit nochmals in den Einwohnerrat kommen wird. Der Gemeinderat möchte die Anbindung der familienergänzenden Betreuung an die Schule vorschlagen. Das bedingt eine Änderung des Reglements. Die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte werden dann die Möglichkeit haben, dazu Stellung zu nehmen und allenfalls Anpassungen im Reglement vorzunehmen. Bei der Verordnung wurde alles so umgesetzt, wie dies in der Evaluation beschrieben wurde.

ABSTIMMUNG

Einstimmig JA

BESCHLUSS

://: Der Evaluationsbericht wird zur Kenntnis genommen.

Traktandum 9

216/X

Postulat R. Bänziger, Grüne: Wiedereinführung eines Bauverwalters für die Gemeinde Binningen

Rahel Bänziger, Grüne möchte einen kurzen geschichtlichen Rückblick auf das vorliegende Postulat machen. Vor 5 Jahren wurde es überwiesen. Die erste Abschreibung des Postulats beantragte der Gemeinderat am 26. August 2013 mit einem sehr kurzen, mageren Bericht. Die Firma Jumeba hat die Situation damals analysiert mittels halbstrukturierter Interviews. Sven Inäbnit hat dazumal gesagt, das sei ein derart dilettantischer Bericht, der als Erstsemester-Fachhochschularbeit sicher nicht akzeptiert worden wäre. Der Rat verweigerte die Abschreibung und verlangte ausdrücklich eine vertiefte Prüfung des Postulats. Die zweite Abschreibung wollte der Gemeinderat noch billiger. Er beantragte die Abschreibung nämlich im Rahmen des Rückständeberichts 2016. Es fehlte aber wieder eine vertiefte Prüfung des Postulats. Das Postulat solle einfach unter «ferner liefern» abgeschrieben werden. Auch da verweigerte der Einwohnerrat die Abschreibung.

Nun ist der Rat zum dritten Mal an diesem Postulat. Mit dem vorliegenden Bericht stellt der Gemeinderat den Einwohnerrat vor vollendete Tatsachen. Er stellt aber dieses Mal immerhin keinen Antrag auf

Abschreibung. Ein Postulat bedeutet prüfen und berichten. Der Gemeinderat macht daraus: prüfen, reorganisieren, handeln – jemanden einstellen -, und erst dann berichten, wenn man den Einwohnerrat vor vollendete Tatsachen stellen kann. Wieder wird der Einwohnerrat nicht – wie versprochen - offensiv, sondern retrospektiv informiert. Es ist offensichtlich, dass der Gemeinderat und vor allem auch der Gemeindeverwalter unter keinen Umständen einen Bauverwalter möchten. Es gibt nun eine Projektmanagementstelle und diese soll es richten. Es ist eindeutig, dass die politische Verantwortung bei dieser Projektmanagementstelle am falschen Ort ist. Sie liegt nämlich immer noch beim bestellenden Gemeinderat und nicht beim Ausführer, wo die politische Verantwortung hingehören würde. Die Postulantin erachtet das als falsch und es war sicher nicht die Absicht des Postulats.

Die Postulantin führt aus, es gehe nun um eine Kenntnisnahme der Neuorganisation. Der Neuorganisation soll man eine Chance geben. Die Evaluation wird bis Ende August vorgeschlagen. Die Votantin glaubt nicht, dass die Zeit reicht. Sie möchte beliebt machen, dass der Evaluationszeitrahmen bis Ende Jahr erweitert wird, damit man wirklich sieht, ob die Neuorganisation das Gewünschte bringt. Die Votantin verspricht dem Gemeinderat, dass sie die vom Gemeinderat vorgeschlagene Struktur mit Argus Auge überwachen und verfolgen werde.

Thomas Hafner, CVP nimmt erfreut zur Kenntnis, dass die Verwaltungsleitung im Auftrag des Gemeinderats insbesondere im Baubereich strukturelle und personelle Problemfelder untersucht hat und bereit ist, Verbesserungen durchzuführen respektive herbeizuführen. Für die Qualitäts- und Kontrollmassnahmen wurde eine neue Projektmanagementstelle geschaffen. Die CVP nimmt von der Neuorganisation Kenntnis und wartet mit Spannung auf die definitive Orientierung und Stellungnahme im August 2017. Die Effektivität und Zukunftsfähigkeit soll vorerst verwaltungsintern getestet und geprüft werden. Die Fraktion erwartet das vom Gemeinderat zusammen mit dem Verwaltungsleiter ausgearbeitete Konzept der Neuorganisation mit Spannung. Auf dieser Grundlage kann der Rat anschliessend beurteilen, was mit den beiden noch offenen Postulaten geschehen wird. Es wird sicher auch von zentraler Bedeutung sein, wie der neue Projektmanager hierarchisch in der Organisation eingebettet werden soll. Die Gesamtorganisation, aus welcher ersichtlich ist, wie die Projektmanagerstelle mit der notwendigen Zuständigkeit und Verantwortung in der Verwaltung eingebettet ist, fehlt aber noch. Die erhaltenen Beilagen sind für die CVP noch sehr vage. Die Fraktion wird bei der Vorstellung im August darauf hinweisen, dass nach ca. einem Jahr ein erster Erfahrungsbericht im Einwohnerrat vorgelegt werden muss. Sollten keine oder nur wenig strukturelle Erkenntnisse sichtbar werden, würde die CVP wieder per Motion auf die Einführung eines Bauverwalters zurückkommen. Die Partei hofft auf eine wirkungsvolle Chance für die Verwaltung und die Gemeinde Binningen. Die CVP folgt heute beiden Anträgen des Gemeinderats.

Urs Brunner, SVP teilt mit, die SVP habe von der Neuorganisation Kenntnis genommen. Die Fraktion wartet den Bericht im August ab. Bis dahin sollte das Postulat nicht abgeschrieben werden.

Daniel Zimmermann, FDP äussert, Allschwil habe sich vor zwei Wochen für eine Geschäftsleitung mit einem Gemeinde- und einem Bauverwalter entschieden. Es konnte dem Votanten noch niemand erklären, wieso das in Binningen nicht funktionieren sollte. In den letzten Jahren wurden in Binningen sehr viele Vorlagen diskutiert, bei welchen in Bezug auf gewisse Kriterien wie Qualität, Termin oder Kosten immer wieder moniert wurde. Der Einwohnerrat hat den Gemeinderat in die Verantwortung genommen und gefordert, dass er diesen Umstand ernst nimmt und Lösungen bringt. Untermauert wurde dies durch das Postulat von Rahel Bänziger. Jetzt legt der Gemeinderat einen Lösungsvorschlag vor. Die FDP ist der Meinung, es sei durchaus legitim, dass man sich für ein anderes System entscheidet. Man sollte dem Gemeinderat die Chance geben, zu zeigen, ob das Verlangte mit dem gewählten System erfüllbar ist. Die Fraktion ist daher für die weiteren Vorlagen, Projektabschlüsse und Planungen sehr zuversichtlich und möchte dem gewählten Konzept - zumindest zum heutigen Zeitpunkt - eine Chance geben. Mit der Beurteilungszeit ist man nicht ganz einig mit dem Gemeinderat. Wenn der Mann nun tatsächlich angestellt wurde mit seiner Manager-Stabsfunktion, sollte er eine gewisse Zeit wirken können. Die FDP glaubt nicht daran, dass bis im August eine echte, qualitative Beurteilung der verbesserten Organisation

vorgenommen werden kann. Der Votant schliesst sich der Meinung von Rahel Bänziger an, man solle dem Gemeinderat bis Ende Jahr Zeit geben, um sich dieser Sache richtig anzunehmen. In diesem Sinn nimmt die FDP von der Neuorganisation Kenntnis und kann den Anträgen zustimmen.

Simone Abt, SP stellt fest, dass es sich beim vorliegenden Geschäft gemäss Antrag um eine Kenntnisnahme handle. Dieser entzieht sich die SP nicht. Auch sie ist der Meinung, das vorgestellte Modell solle eine Chance bekommen. Es gefällt der Fraktion aber weniger, dass bereits Strukturen geschaffen wurden. Es wurde eine Stelle ausgeschrieben und besetzt, um das doch recht komplizierte Ablauf- und Verantwortungskonstrukt umzusetzen. Es ist unbefriedigend, dass das vor der Beantwortung der hängigen Postulate geschah. Die Schaffung von «fait accomplis» hat Rahel Bänziger bereits erwähnt. Die Partei teilt das Befremden diesbezüglich. Es bleibt einiges offen. Ihr Unbehagen deckt sich ziemlich mit den bisherigen Voten des Rats. Die SP teilt das Gefühl, dass eine Berichterstattung Ende Jahr auch reichen würde. Dann sollten aber die offenen Punkte klar gestellt werden. Aus Sicht der Fraktion sind das insbesondere die Folgenden: Ist die, für die gesamte Gemeindeverwaltung entscheidende, Schlüsselfunktion eines Projektmanagers für Bauprojekte als Stabstelle richtig angesiedelt? Stichwort: Hierarchische Einbettung. Wurde die Struktur unabhängig von derzeitigen Stellenbesetzungen geschaffen, das heisst längerfristig? Oder wurde sie massgeschneidert auf die derzeit Verantwortungstragenden in Binningen? Zudem erscheint der Votantin die Frage der Verantwortung seltsam. Der Besteller soll nach Aussen auftreten und die politische Verantwortung übernehmen. Dieser hat aber nur bis zu einem gewissen Grad selbst Einfluss und auch nicht unbedingt den Durchblick über den Bau. Er muss natürlich wissen, was läuft. Aber im Detail ist vielleicht doch der Projektmanager, gegebenenfalls der Verwaltungsleiter, in der Pflicht. Die wären auch intern rechenschaftspflichtig. Die Rednerin weiss nicht, ob das so glückliche Strukturen sind. Die SP ist gespannt auf den ersten Bericht nach einem Jahr. Sie wünscht alles Gute.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP erläutert, der Gemeinderat habe das Thema des Bauverwalters in der letzten, wie auch in dieser Legislatur sehr genau angeschaut. Sowohl der bisherige, wie auch der neue Gemeinderat möchten keinen Bauverwalter. Der Gemeinderat geht davon aus, dass die jetzt getroffene Lösung die optimale Lösung ist für die Projekte und die Gemeinde Binningen. Er geht davon aus, man wird dem Einwohnerrat einen guten Bericht abliefern können. Der Gemeindeart nimmt gerne mehr Zeit in Anspruch, um Ende Jahr noch mehr berichten zu können. Er bedankt sich beim Einwohnerrat für die Chance, den Tatbeweis zu erbringen und ist überzeugt, man habe so eine Lösung, welche für die Gemeinde Binningen stimme.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP kommt auf das Votum von Daniel Zimmermann zurück. Die Gemeinde Allschwil hat keinen Bauverwalter angestellt. Allschwil hat einen Bereichsleiter Bau und einen neuen Leiter Gemeindeverwaltung angestellt, aber keinen Bauverwalter. Der Bereichsleiter ist auf der gleichen Hierarchiestufe wie der ebenfalls neu angestellte Bereichsleiter Bildung, Erziehung und Kultur, aber nicht auf der Stufe des Leiters Gemeindeverwaltung. Wenn das Modell Bauverwalter so erfolgreich wäre, hätten es wahrscheinlich mehr als zwei Gemeinden im Kanton. Bei den beiden Gemeinden, die das System noch haben, ist es nicht sicher, dass sie es weiterführen werden, wenn es infolge Pensionierung ausläuft. Die Votantin möchte davor warnen, ein Modell zu glorifizieren, welches in Binningen aufgrund einer guten personellen Konstellation einmal funktioniert hat und zu meinen, es sei das allein seligmachende. Es freut den Gemeinderat aber, dass der Einwohnerrat der vorgeschlagenen Lösung eine Chance geben möchte und der Gemeinderat dem Einwohnerrat aufzeigen darf, dass es funktioniert.

Rahel Bänziger, Grüne stellt den Antrag, dass die Frist für die Berichterstattung in Antrag 2 auf Ende 2017 erstreckt wird.

ABSTIMMUNG

Antrag R. Bänziger: 38 JA / 1 Enthaltung

Antrag 1: einstimmig
Antrag 2: 38 JA / 1 Enthaltung

BESCHLUSS

- ://: 1. Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von der Neuorganisation.
- ://: 2. Das Postulat «Strukturanalyse der Bauabteilungen» wird zeitgleich mit der Beantwortung des Postulates «Wiedereinführung eines Bauverwalters in Binningen» Ende 2017 beantwortet.
-

Traktandum 10

22

Postulat SVP-Fraktion, R. Oberli: Erstellen einer Online-Plattform für die Wahlen 2020

Roman Oberli, SVP zählt auf: zerstörte Plakate, mediale Angriffe auf Gemeinderäte in der Zeitung etc. Der letzte Wahlkampf sei eine Schlammschlacht auf sehr bescheidenem Niveau gewesen. Dabei wurde das Wichtigste vergessen, zu vermitteln für was man sich einsetze. Es hat den Votanten nicht verwundet, dass er einige Reaktionen von Wählern erhielt, welche nicht wussten, wen sie wählen sollten. Ihnen war nicht klar wofür die Kandidierenden einstanden. Das Resultat sah man an der Wahlbeteiligung im zweiten Wahlgang – unter 30 Prozent. Das spricht Bände. Das Problem kann ganz einfach mit einer Online-Plattform, wie z.B. smartvote, gelöst werden. Auf dieser Plattform können die Kandidierenden auf freiwilliger Basis Fragen zu diversen politischen Dossiers beantworten. Der Wähler macht das ebenfalls und erhält anhand der Übereinstimmungen eine Liste mit Personenempfehlungen. Gerade in der heutigen Zeit von fake news, alternative facts oder wie man es auch nennen möchte, ist es wichtig, dass der Wähler erfährt, welcher Kandidat seine Interessen optimal vertritt. Das ist der Sinn vom Wählen. Wer seine Interessen gut vertreten fühlt, geht auch eher wählen. Aus diesen Gründen empfiehlt die SVP-Fraktion die Überweisung des Postulats.

Sven Inäbnit, FDP findet, bei aller Sympathie, alle hier Anwesenden wurden gewählt. Etliche wollen wahrscheinlich wieder gewählt werden. Die Bekanntmachung von sich als Politiker oder Politikerin ist ein grosses Anliegen aller Kandidierenden. Nichtsdestotrotz ist es nach Meinung des Votanten nicht Aufgabe der Gemeinde, solche Wahlplattformen bereit zu stellen. Dafür gibt es die Parteien. Es gibt Initiativen der Kandidaten, welche sich auf verschiedenen Kanälen, sei es Social Media oder Homepages von Parteien, präsentieren können. Auf diesen Kanälen hat die Stimmbevölkerung die Gelegenheit herauszufinden, für was die Kandidatinnen und Kandidaten stehen. Dem Votanten wäre nicht bekannt, dass es irgendwo eine Executive gibt, welche für die Parlamentswahlen eine solche Plattform zur Verfügung stellt. Die Plattformen, welche genannt wurden, sind alles private Institutionen. Der Votant empfindet die Aussagekraft dieser Dienste teilweise als lustig. Wenn er einen solchen Fragebogen ausfüllt und es wird ihm als die bestpassendste Person eine geschätzte SP-Kandidatin vorgeschlagen, dann ist es fraglich, wie die Qualität der Fragen in das Resultat einfließt. Er hat sich übrigens nicht von der Wahlempfehlung überzeugen lassen. Also: politische Aktivitäten ja, aber bitte nicht staatlich orchestriert. Es erstaunt den Votanten, dass der Gemeinderat das Postulat überhaupt übernehmen und prüfen möchte. Er ist der Meinung, das sei wirklich keine Aufgabe, welche das Gemeindewesen übernehmen müsse. Die Gemeinde unterstützt die Wahlen bereits mit der Zurverfügungstellung von Plakatewänden, Unterlagenversand etc. Das ist das, was er als notwendig erachtet. Bei der Meinungsfindungshilfe sollen die Kandidierenden und Parteien selbst schauen, dass sie ihre Wählerinnen und Wähler erreichen. Die FDP ist deswegen grossmehrheitlich gegen eine Überweisung an den Gemeinderat.

Stephan Appenzeller, SP unterstützt das Postulat in Namen der SP-Fraktion. Der Einsatz von Plattformen wie smartvote und Vimentis gehört heute zum state of the art. Man kennt das von kantonaler Ebene. Dort funktioniert es gut und schafft Transparenz. Die SP begrüsst das Anliegen und wird das Postulat unterstützen.

Anand Jagtap, Grüne teilt mit, seine Fraktion könne das SVP-Postulat nicht unterstützen und werde es daher auch nicht überweisen. Der Votant möchte dazu zwei Bemerkungen anbringen. Im Postulat wird argumentiert, mit der Online-Information über die Kandidierenden und deren Profil liesse sich die Wahlbeteiligung erhöhen. Die Grünen sind sich nicht sicher, ob man so direkt und ursächlich argumentieren kann. Es gibt ausserdem viele bestehende Lösungen, bei welchen das aufgezeigte Problem respektive die gewünschte Lösung bereits umgesetzt wurden. Die Fraktion ist der Meinung, man könne dies auf Freiwilligkeit abstellen. Es gäbe zudem auch gewisse Datenschutzprobleme, wenn sich die Gemeinde als Intermediär in die ganze Geschichte einschalten würde.

Thomas Hafner, CVP findet, wenn sich der Stimmbürger dadurch besser über die Kandidierenden und Parteien orientieren könne, dann sei das grundsätzlich eine gute Idee. Mit Spannung wartet die Fraktion auf die Abklärungen des Gemeinderats betreffend Machbarkeit, Gesamtkosten des Projekts, sowie freiwilligem Kostenaufwand für die Kandidaten. Der Votant hat Verständnis für das Votum von Sven Inäbnit. Vielleicht ist der Bogen auf Gemeindeebene wirklich etwas überspannt. Die CVP war erstaunt, dass der Gemeinderat dem Anliegen wohlwollend zugestimmt hat. Sie werden das Postulat überweisen.

Roman Oberli, SVP hat noch einige Ergänzungen zum Votum von Sven Inäbnit. Im Kanton Aargau oder auch in Bern und Biel kamen die Plattformen zur Anwendung und stiessen auf grosses Interesse. Es ist ein freiwilliger Aufwand, welcher nicht zwangsläufig die Gemeinde aufbringen muss. Es ist auch vorstellbar, dass die Kandidierenden die Kosten übernehmen. Es geht unter anderem darum, dass man in der politischen Debatte wieder etwas mehr auf Sachlichkeit stösst. Man sah in letzter Zeit vor allem auf nationaler Ebene, dass es nur noch um plakative, einprägsame Argumente geht. Der Votant denkt dabei an gewisse Plakate, welche gar nichts mehr mit dem Sachlichen zu tun hatten. Hier hat man ganz klar sachliche Argumente. An Sven Inäbnit gewandt ergänzt der Redner: Wenn du damals eine Übereinstimmung mit der SP hattest, feel free.

ABSTIMMUNG

Überweisung: 20 JA / 18 NEIN / 1 Enthaltung

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 11

23

Motion SVP-Fraktion: Elektronische Abstimmungsanlage im Einwohnerrat

Beatrix Bürgin, SVP erinnert daran, dass es in den letzten Jahren bei Abstimmungen im Parlament immer wieder zu Auszählungsfehlern gekommen sei. Zum Teil musste die Auszählung bis zu drei Mal wiederholt werden. Trotz der farbigen Karten, welche die Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen in die Höhe strecken, hatte man im Rat keinen Erfolg bei der Auszählung der Stimmen. Immer wieder waren Wiederholungen notwendig. Die Wiederholungen kosten Zeit und verursachen Kosten. Die Kosten hat sich die Votantin genauer angeschaut. Geht man davon aus, dass bis zu drei Auszählungswiederholun-

gen gemacht werden müssen und die Wiederholungen ca. 8-10 Minuten dauern, dann kostet das die Gemeinde 350 Franken. Einfach nur damit die Ratsmitglieder ein weiteres Mal ihre Hände in die Höhe strecken, damit man nachzählen kann. Im 2017 gibt es 9 Einwohnerratssitzungen. Wenn diese Nachzählung in jeder Sitzung einmal vorkommt, kostet das die Gemeinde 3150 Franken.

Nach Meinung der Motionärin sind es nicht die Stimmzähler, welche nicht zählen können. Es sind auch die Stimmenden, welche ihre Arme nicht richtig in die Höhe strecken können – aus welchen Gründen auch immer. Damit beim Auszählen keine Fehler mehr passieren, hat die SVP-Fraktion bereits zum zweiten Mal – das erste Mal war 2011 – eine Motion für eine mobile, elektronische Abstimmungs- inklusive Mikrophananlage eingereicht. Mit dieser Anlage wird jeder Knopfdruck sofort registriert und die Fehlerquote massiv gesenkt. Es ist kein Nachzählen notwendig und damit wird die Effizienz der Sitzung gesteigert. Es freut die Fraktion, dass der Gemeinderat die Professionalität des Ratsbetriebs unterstütze und die Motion entgegennehme. Die SVP wird an dieser Motion festhalten. Sie erwartet vom Gemeinderat, dass er schnellstmöglich einen Investitionskredit vorlegt für den Kauf einer solchen mobilen, elektronischen Abstimmungs- inklusive Mikrophananlage.

Gabriela Vetsch, SP erklärt, dieses Anliegen sei schon einmal Thema gewesen. Aufgrund der hohen Kosten wurde es vor ca. 4 Jahren abgelehnt. Es stand damals ein Kostenvoranschlag von 40 000 Franken im Raum. Der Einwohnerrat spart an allen Ecken und Enden. Solche Beträge, alleine für die Bequemlichkeit im Rat – weil die Hände nicht rechtzeitig in die Höhe gestreckt werden oder einmal ein Fehler passiert beim Zählen –, das findet die SP nicht angebracht. Die Stimmzähler finden sich sicher noch, etwas Geduld schadet nicht. Die Votantin findet, heute ginge es ja eigentlich ganz gut. Die Mikrophone - ausser, dass sie nicht leuchten - funktionieren auch noch. Da wäre der Preis nochmal höher. Es könnte allerdings sein, dass es seit 2012, als das letzte Mal darüber abgestimmt wurde, neue Möglichkeiten gibt. Vielleicht gibt es eine kostengünstige App oder eine andere Option, die gar nicht so viel kostet und trotzdem ihren Zweck erfüllt. Die Fraktion ist nicht grundsätzlich gegen eine Überprüfung des Anliegens, aber ganz sicher gegen eine teure Lösung. Im Sinn von prüfen und berichten, bittet die SP die Motionärin, ihre Motion in ein Postulat abzuändern. Dann kann die SP die Überweisung unterstützen.

Anand Jagtap, Grüne erscheint es klar, dass Abstimmungen im Einwohnerrat geordnet ablaufen müssen. Nur so sei ein guter Ratsbetrieb möglich, welcher auch in der Öffentlichkeit entsprechend wahrgenommen werde. Die Grünen müssen aber zuerst wissen was die Lösung kostet, bevor sie einer verbindlichen Motion zustimmen können. Die Fraktion lehnt die Motion in der bestehenden Form ab. Sie könnte sich aber ein Postulat vorstellen. In diesem Fall wäre es aber wichtig, dass die Kosten für die Abstimmungs- und die Mikrophananlage separat ausgewiesen werden.

Karl J. Heim, CVP kann den von der SP vorgebrachten Gründen nicht zustimmen. Es muss Schluss sein mit solchen Pannen und auch mit Ergebnissen wie grossmehrheitlich usw. Der SP empfiehlt der Redner, den Blick Richtung Bern zu richten. Da gibt es den Ständerrat, welcher nur wenige Mitglieder mehr hat als der Binniger Einwohnerrat. Auch der renitente Ständerat hat ein Jahr nach dem Nationalrat einer elektronischen Abstimmungsanlage zugestimmt. Seither gibt es keine Schwierigkeiten und Diskussionen mehr. Aus Sicht der CVP macht das Anliegen absolut Sinn. Die Kosten müssen natürlich neu abgeklärt werden. Der Vorstoss muss aus Sicht des Redners aber unbedingt als Motion überwiesen werden.

Beatrice Büschlen, Grüne ergänzt, es seien das letzte Mal nicht die Kosten der Hardware gewesen. Solche Teilchen kosten heute nichts mehr. Der grösste Anteil waren die Wartungskosten. Je nach Software muss diese immer wieder durch einen Fremdanbieter gewartet werden bei Stundenansätzen von 250 bis 350 Franken. Die Votantin würde bei einem Postulat bleiben. Dann hat die Verwaltung die Möglichkeit, Anbieter zu suchen, welche vielleicht sogar mit einer anderen Lösung aufwarten.

Rahel Bänziger, Grüne möchte festhalten, dass grossmehrheitlich ein politisch anerkannter Begriff ist. Es gibt nichts Anrüchiges an diesem Begriff. Das ist durchaus Courant normal. Es kommt darauf an, was das Ganze kostet. Wenn Karl J. Heim den Einwohnerrat gar mit dem Ständerrat vergleicht und deswegen

eine solche Abstimmungsanlage fordert, dann beginnt die Votantin, Ständeratssitzungsgelder für den Einwohnerrat zu fordern.

Marc Merian, FDP teilt mit, die FDP unterstütze die Motion der SVP-Fraktion mehrheitlich. Im Rahmen einer Mikrophonsanierung macht es durchaus Sinn, den Kauf einer elektronischen Abstimmungsanlage zu prüfen. Die Einwohnerratssitzungen werden dadurch sicherlich effizienter. Zudem könnten die Stimmzähler in der Partei Einsitz nehmen. Vielleicht könnten sogar die einzelnen Stimmabgaben der Einwohnerräte publiziert und für die Wähler einsehbar gemacht werden. Das kann die Diskussion zwischen den einzelnen Einwohnerräten und der Wählerschaft fördern. Natürlich muss man die Kosten aus Sicht der Wählerschaft berücksichtigen, damit es nicht heisst, man sei sich selbst der Nächste. Der Votant mutmasst, dass der Einwohnerrat die Aufregung der Stimmzählung bei der Anschaffung einer derartigen Anlage vielleicht sogar vermissen würde. Aber grundsätzlich ist die FDP für die Überweisung.

Sven Inäbnit, FDP wiederholt, dass nur ein Teil der FDP-Fraktion für die Überweisung sei. Es gibt auch einen Teil der aus den genannten Gründen dagegen ist. Vor allem Kostenfragen spielen in der heutigen Zeit eine Rolle. Der Votant bezweifelt den Effizienzgewinn, welcher damit erreicht werden soll. Die 7-8 Minuten, welche bei den Abstimmungen eingespart werden könnten, würden wahrscheinlich durch längere Voten kompensiert werden. Es ist wirklich keine so schwere Aufgabe und die Stimmzählenden haben sich inzwischen auch gefunden. Der Redner ist der Meinung, der Einwohnerrat sei nicht derart wichtig, als dass die einzelnen Stimmabgaben eine Rolle spielen würden. Für die Mehrheit der Bevölkerung ist es ein unwichtiger Posten. Der Votant appelliert an den Rat, auf dem Boden des Milizparlaments zu bleiben. Wenn der Ständerat das jetzt gemacht hat, dann wäre es für den Einwohnerrat Bindungen in vielleicht 10 Jahren noch früh genug, diesen Schritt zu wagen.

Einwohnerratspräsidentin Susanne Tribolet, SP fragt die SVP-Fraktion, ob sie ihre Motion in ein Postulat umwandeln möchte. Die SVP-Fraktion bleibt bei der Motion.

ABSTIMMUNG

Überweisung Motion: 19 JA / 19 NEIN / 1 Enthaltung

Aufgrund des ausgeglichenen Ergebnisses, entscheidet die Präsidentin per Stichentscheid.

BESCHLUSS

://: Die Motion wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Nach Ankündigung des nächsten Traktandums durch die Präsidentin, gibt es einen Rückkommensantrag der SVP. Sie möchte die Motion «Elektronische Abstimmungsanlage im Einwohnerrat» in ein Postulat umwandeln.

ABSTIMMUNG

Rückkommen: 20 JA / 15 NEIN / 3 Enthaltung (38 Anwesende)

://: Der Einwohnerrat kommt auf Geschäft 23 «Motion SVP-Fraktion: Elektronische Abstimmungsanlage im Einwohnerrat» zurück.

Roman Oberli, SVP erklärt, dass die Motion durch die Motionärin in ein Postulat umgewandelt wird.

ABSTIMMUNG

Überweisung Postulat: 27 JA / 11 NEIN / 1 Enthaltung

BESCHLUSS

://: Die Motion wird in ein Postulat umgewandelt und an den Gemeinderat überwiesen.

Simone Abt, SP fügt an, ihr Demokratieverständnis habe nun ein riesiges Problem. Solche Sachen sind, nach Meinung der Votantin, einer Demokratie unwürdig. Es gibt gewisse Verfahrensweisen, welche eingehalten werden. Solche Streiche findet sie überhaupt nicht lustig. Man darf auch einmal verlieren.

Traktandum 12

149/XI

Schlussabrechnung Tanklöschfahrzeug für die Feuerwehr Binningen

Einwohnerratspräsidentin Susanne Tribolet, SP informiert die Mitglieder des Einwohnerrats, dass ihnen zu diesem Geschäft leicht modifizierte Unterlagen aufliegen.

Peter Heiz, FDP führt aus, er profitiere von seinem enorm grossen Fundus im Wissen über Tanklöschfahrzeuge. Das erlaube ihm zu sagen, dass die FDP mit dem Geschäft sehr zufrieden sei. Der Votant möchte den Gemeinderat und die Verwaltung ausdrücklich loben, wie sie das Geschäft abgewickelt haben.

Karin Glaser, Grüne teilt mit, auch die Grünen fänden die gute Kostenrechnung prächtig. Ein Plus oder weniger Ausgaben als angenommen, kommen nicht so oft vor. Die Votantin schlägt vor, man könne den Überschuss ja ins «Kässeli» für den Dezember-Apéro tun. Die Grünen genehmigen die Abrechnung.

Ralf Büchelin, SP erläutert, das neue Tanklöschfahrzeug Aquarius wurde bereits in Betrieb genommen. Der Kredit von 570 600 Franken wurde nicht vollständig ausgeschöpft. Es bleibt also ein Restbetrag von 2111 Franken und 40 Rappen. Der Redner findet die Idee von Karin Glaser lobenswert. Das könnte man aufnehmen. Generell ist die SP bei dieser Schlussabrechnung, guten Gewissens, für eine Genehmigung.

Urs Weber, SVP bemerkt, auch die SVP freue sich über die Abrechnung. Die Fraktion möchte sich bei allen Beteiligten bedanken, die dazu beigetragen haben, dass die Gemeinde nun ein so tolles Fahrzeug besitzt. Der Redner konnte sich das Tanklöschfahrzeug an der Hauptübung am Tag der offenen Tür anschauen. Mit der Abrechnung ist die SVP hoch zufrieden.

Thomas Hafner, CVP bedankt sich namens der CVP-Fraktion beim Gemeinderat und nimmt erfreut zur Kenntnis, dass sich die Abrechnung im Rahmen des bewilligten Kredits befinde. Der Kredit wurde sogar leicht unterschritten. Es sei ebenfalls erfreulich, dass die Basellandschaftliche Gebäudeversicherung eine Kostenbeteiligung von ca. 145 000 Franken daran geleistet habe. Es ist nicht immer so selbstverständlich, dass eine in Aussicht gestellte Kostenbeteiligung respektive Subvention auch wirklich ausbezahlt wird. Der Votant denkt dabei an die damalige Hubleiter. Die CVP freut sich mit der Feuerwehr, dass das langersehnte Fahrzeug nun endlich da ist. Die Fraktion wird die Schlussabrechnung genehmigen und wünscht der Feuerwehr viel Spass und Freude mit dem neuen Fahrzeug. Zum Abschluss hat der Redner noch eine Frage an den zuständigen Gemeinderat. Vor fast 2 Jahren hat Eduard Rietmann angeregt, man solle das alte Feuerwehrfahrzeug nicht zurückkaufen lassen, sondern evtl. an eine andere Gemeinde verschenken. Der Gemeinderat wollte das prüfen.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP erklärt, der Gemeinderat habe dies selbstverständlich geprüft. Drei verschiedene Gemeinden wurden angefragt, welche alle dankend ablehnten. Man müsste derart viel in das Fahrzeug investieren, dass die Gemeinde mit den 16 500 Franken sehr gut gefahren ist.

ABSTIMMUNG

Einstimmig JA

BESCHLUSS

://: Die Schlussabrechnung für die Anschaffung des TLF von CHF 568 488.60 wird genehmigt. Die Subvention der BGV von CHF 145 050 wird dem Konto «Investitionsbeiträge von Kanton» gutgeschrieben.

Traktandum 13

166/X

Motion SVP: Begrünung der Betonwände um das Binninger Schloss

Es gibt keine Wortmeldungen. Die Präsidentin schreitet direkt zur Abstimmung.

ABSTIMMUNG

Einstimmig JA

BESCHLUSS

://: Die Motion wird als erledigt abgeschrieben.

Traktandum 14

Diversa

Einwohnerratspräsidentin Susanne Tribolet, SP teilt mit, dass Gaida Löhr ihre Motion «Kostenlose Zolli-Eintritte für Schulklassen» zurückzieht. Die Motionärin hat das bereits bei der Einreichung angekündigt, sollte das Anliegen auf kantonaler Ebene weiterverfolgt werden. Die Präsidentin informiert den Einwohnerrat zudem, dass das Jägerstübli ab sofort am Montag geschlossen ist.

Die Sitzung endet um 22.00 Uhr.

Die nächste ordentliche Sitzung findet am 20. März 2017, 19.30 Uhr, statt.